



---

## Pressemitteilung

### Bundestagsabgeordnete Gabriele Schmidt (CDU) zu Besuch bei Bürgermeister Jürgen Kaiser in Schluchsee

---

Bei ihrem Antrittsbesuch in der Gemeinde Schluchsee traf die Bundestagsabgeordnete Gabriele Schmidt (CDU) Bürgermeister Jürgen Kaiser, der ein rundum positives Bild seiner Gemeinde zeichnete. Insgesamt zufrieden sei man, so Kaiser, mit der wirtschaftlichen Situation Schluchsees, wo eine absolute Monostruktur durch Tourismus vorherrscht.

Die Gäste haben hohe Ansprüche an Ausstattung und Komfort, die alle Vermieter so gut als möglich erfüllen. Absolut unabdingbar für Schluchsee, aber auch die umliegenden Gemeinden ist die Verkehrsanbindung über die B 500 und besonders die Drei-Seen-Bahn. Diese wird sehr stark frequentiert von Tagestouristen und Berufspendlern in den Raum Freiburg.

Dem Rückgang an Übernachtungszahlen im Bereich von Privatvermietern und Ferienwohnungen wird von Seiten der Hochschwarzwaldtourismus GmbH (HTG) mit einer Investitionsinitiative begegnet. Außerdem sei im Bereich der Hotelübernachtungen ein leichter, aber stetiger Anstieg zu verzeichnen.

Die Abgeordnete interessierte sich insbesondere auch für die Arbeitskräfte, die laut Kaiser aus ganz Deutschland, aber auch aus dem Ausland angeworben werden, sowohl in der Gastronomie, aber auch in Handwerk und Gewerbe.

Bürgermeister Kaiser berichtete weiter, dass Buchungen der Gäste mehr und mehr über das Internet gehen. Daher ist eine schnelle und sichere Internetverbindung für Gäste und Vermieter dringend erforderlich, so Kaiser. Er bemängelte, dass der Monopolist Telekom den ländlichen Raum bei der Versorgung mit schnellen Datenleitungen stiefmütterlich behandelt. Diese Klage wurde der Abgeordnete auch aus anderen Gemeinden vorgetragen.

Gabriele Schmidt interessierte sich als Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales auch für die Pläne für Pflegeeinrichtungen in der Hochschwarzwaldgemeinde. Die Gemeinde hat seit längerem einen baureifen Plan für eine Einrichtung, in der zwar keine klassische Pflege stattfinden soll, aber durch eine ständige Präsenz von entsprechendem Personal älteren Menschen ein selbständiges und selbstbestimmtes Wohnen in einem betreuten Rahmen ermöglichen soll. Der Startschuss kann wegen der zögerlichen und laut Kaiser unklaren Haltung der grün-roten Landesregierung nicht gegeben werden. Streitpunkt ist die Größe der Einrichtung, die zum wirtschaftlichen Betrieb mehr Bewohner als die in Stuttgart genannten acht Plätze benötigt.